

Nebrae Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22 832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 30 mm breite Millimeterzeile im Restmetell 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artorn.

No 102 Donnerstag, den 28. August 1930 43. Jahrgang

DiETRICHs Sparprogramm.

Starke Einschränkungen aus 1931.
Berlin, 26. August.
Das Reichskabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen mit den Richtlinien einer Finanzreform, einer Neuordnung des Finanzausgleichs und der Aufstellung des Etats für 1931 befaßt hat, hofft diese Besprechungen noch am Dienstag abschließen zu können.
Der Haushaltsplan für 1931 soll auf Grund der Erfahrungen, die man bisher mit den Steuererhöhungen und der finanziellen Wirkung der Notverordnungen gemacht hat, mit äußerster Vorsicht aufgestellt werden.
Reichsfinanzminister Dietrich hat bereits in Aussicht gestellt, daß die Ausgaben im kommenden Jahre noch mehr gekürzt werden sollen.
Die Einnahmen sollen so eingeteilt werden, daß selbst bei einer Fortdauer der letzten wirtschaflichen Konjunktur mit dem Eingang der veranschlagten Summe gerechnet werden darf. Es handelt sich zunächst nur um die Festlegung der Grundzüge, nach denen bei der Aufstellung des nächstjährigen Etats verfahren werden soll. Die Ausarbeitung des Haushaltsplanes soll danach im Reichsfinanzministerium erfolgen.

Auswirkung des Beschaffungsprogramms

Mehrarbeit in den Eisenbahnverwaltungen.
Berlin, 27. August.
Die von der Reichsregierung durch ihr Beschaffungsprogramm erwartete Belebung der Wirtschaft wird sich für die Reichsbahn in einer Steigerung des Verkehrs und damit in einer besseren Ausnutzung ihres technischen Apparates auswirken. Für die Werkstätten wird infolgedessen ein erhöhter Arbeitsanfall eintreten. Dazu kommt, daß aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms Verbesserungsarbeiten (Einbau verfahrter Puffer usw.) an den fahrenden Anlagen vorgenommen werden sollen, die den Beschäftigten der Werkstätten erhöhen.
Entlassungen von Arbeitern, wie sie auf Grund des bisherigen Verkehrsrückgangs unermittelbar erfolgen, sollen nun gemäß einer zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn getroffenen Vereinbarung bis auf weiteres unterbleiben. Die Maßnahme ist dadurch erleichtert worden, daß im Eisenbahnen mit den Gewerkschaften die Arbeitszeit in den Werkstätten von 51 auf 48 Stunden wöchentlich vermindert und so notwendig, eine bis höchstens zwei Festerhelfer im Monat eingestellt worden sind.

Kosten der Rheinlandbesetzung.

Deutschland zahlte 6.312 Milliarden.
Berlin, 26. August.
Insgesamt wurden vom Deutschen Reich an unsere Kriegsgegner 6.312.174.000 RM. an Besatzungslohn zuzunehmen vergütet, und zwar vom 11. November bis 30. April 1921 (30 Monate) 3763 Millionen vom 1. Mai 1921 bis 31. August 1924 (40 Monate) 1705 Millionen im ersten Danesjahr, d. h. vom 1. September 1924—1925 214 Millionen, im 2. Danesjahr 1925—1926 170 Millionen, im 3. Danesjahr 1926—1927 154 Millionen, im 4. Danesjahr 1927—1928 139 Millionen, im 5. Danesjahr 1928—1929 137 Millionen und nach Abnahme des Youngplans noch 30 Millionen RM.

Daraus kann man mit Recht annehmen, daß noch weitere fünf Jahre der Besetzung mindestens 500 Millionen allein Besatzungskosten verursacht hätten, neben den übrigen Schäden, die die deutsche Wirtschaft erlitt und die zahlenmäßig nicht erfaßt werden können. Wir erinnern nur an den Rückgang der Beschäftigung, vor allem in den rheinischen Bezirken. Wie sehr sich die Besetzung wirtschaftlich auswirkte, wird auch dadurch erwiesen, daß sich noch 1928 die Zahl der Arbeitslosen in der Pfalz auf über 19 von 1000 Einwohnern bezifferte, im Rheinland auf über 12, während sie im übrigen Deutschen Reich nur 9 betrug.

PanEuropa und Vertragsrevision.

Genf, 26. August.
Nach französischen Meldungen wird Briand in der ersten Konferenz der europäischen Mächte, die zu Beginn der Völkerbundsesssion stattfinden soll, eingehend Bericht über die ihm zugegangenen Antworten der 26 europäischen Regierungen erlassen und Vorschläge für den weiteren Gang der Verhandlungen machen. Man nimmt auf französischer Seite an, daß es in diesem Jahr nur zu einem allgemeinen Gebenankenaustausch kommen wird.
Es befehle die Ablicht, einen Ausblick einzulegen, der der nächsten Vollversammlung des Völkerbundes einen Bericht über die Grundlagen des europäischen Staatenbundes vorlegen solle. Durch diese Methode will man offenbar verhindern, daß die englische Regierung die paneuropäische Frage zum Gegenstand einer großen Aussprache in der bevorstehenden Völkerbunderversammlung macht. Sie dürfte aber doch schon jetzt zur Sprache gelangen.

Die französische Taktik, die Behandlung der Frage hinsichtlich des Völkerbundes, dürfte in erster Linie auf die den Wünschen Frankreichs zuwiderlaufenden Vorschläge und Kritiken zurückzuführen sein. Die in letzter Zeit stark in Fluß getommene Aussprache über die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge als erste Voraussetzung eines europäischen Staatenbundes mit Frankreich von vornherein verhindern.

Stimmen gegen Versailles.

Berlin, 27. August.
Der bekannte amerikanische Zeitungsverleger William Randolph Hearst, der augenblicklich in Bad Nauheim zur Kur weil, veröffentlicht in einem jiddischen Blatt einen Artikel, in dem er seine Unzufriedenheit über die politischen Verhältnisse in Europa darlegt. U. a. erklärt er darin folgendes:
„Um es Amerika begreiflich zu machen, was es heißt, daß Deutschland im Westen einen Teil seines Gebietes an Belgien und einen anderen an Frankreich und im Osten einen Teil an Litauen abgetreten habe sowie daß ein Stück Land aus Deutschland herausgeschliffen und an Polen gegeben worden sei, müße man dem amerikanischen Volk erklären, daß dieser Zustand ungesetzlich dastünde wäre, als ob Amerika Arizona und Kalifornien an Mexiko, den Staat Washington an British-Kolumbien und Florida an Spanien zurückgegeben hätte, und ein Stück Land von den großen Seen durch den Staat NewYork nach dem Meer herausgeschliffen und dieser Ausschnitt, der New-England von den übrigen Vereinigten Staaten trennen würde, an Kanada gegeben worden sei.“

Wenn der Krieg anders ausgegangen wäre und eine solche Aufteilung Amerikas dem Krieg gefolgt wäre, könnte das amerikanische Volk hier verstehen, daß man nicht sehr glücklich darüber und nicht gewillt wäre, eine solche Gewalttatigkeit lange zu ertragen, und daß Amerika eines Tages Mittel gefunden hätte, diese Ungerechtigkeit entweder durch friedliche Maßnahmen oder durch Krieg zu beseitigen. So könnte das amerikanische Volk es verstehen, wie ungesund, wie unangenehm und wie unrichtig die gegenwärtige Einrichtung Europas sei. Es würde verstehen, was es für eine ausichtslose Sache sei, was die siegreichen Nationen in Versailles vollbracht hätten und welcher Verrat es an seiner eigenen Politik gemeten sei, dem Präsident Wilson zuzustimmen habe.

Korridorfrage muß geregelt werden.

Franszösische Stimmen.
Paris, 27. August.
Obgleich sich die französische Presse weiter gegen die Erklärungen wendet, die in den letzten Tagen von deutschen Ministern bezüglich der deutschen Außenpolitik abgegeben worden sind, kommt in ihren Äußerungen, soweit sie die Einkreisung betreffen, doch die Auffassung zum Vorschein, daß die deutschen Forderungen nicht so ungerechtfertigt erscheinen, wie man dies dem französischen Volk und der ganzen Welt gern glauben möchte.

Merkwürdige Friedenspolitik.

Kattowitz, 27. August.
In der Sitzung des Kattowitzer Stadiparlaments kam es zu einer politischen Demonstration, die von Koranyi hervorgerufen wurde. Unter Umgehung der Geschäftsordnung wurde zum Schluß der Sitzung von Koranyi eine Entschließung eingebracht, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß in Deutschland maßgebende Persönlichkeiten auf verantwortlichen Posten eine Friedenspolitik treiben, die die Grundzüge des Rechtes erschüttern. Die deutsche Propaganda für die Loslösung polnischer Gebiete sei eine Sünde an dem Frieden Europas und der Welt. Nach Verlesung dieser Entschließung erklärte der Vertreter der deutschen Fraktion, daß die Behandlung derartiger Fragen nicht zu den Aufgaben der Stadiparlammentenversammlung gehöre und daß die deutsche Fraktion, falls die Entschließung zur Abstimmung gelangen sollte, sich gezwungen sehen würde, den Saal zu verlassen.
Nachdem die polnischen Parteien trotzdem auf Abstimmung bestanden, verließen die Deutschen den Saal und blieben dadurch die Beschäftigung des Saales hierbei. Die polnischen Parteien nahmen dann die Entschließung mit Stimmeneinhelbst an.
Die heutige polnische Presse bezeichnet das Verhalten der deutschen Stadiparlammenten als skandalös, umso mehr, als Koranyi eigentlich im Interesse des Friedens gesprochen hätte. Der Schrift Koranyi ist wohl darauf zurückzuführen, daß er, nachdem ihm schon wiederholt klar geworden sei, daß ein solches Vorgehen nicht nur dem nationalen Bewußtsein zum Ausdruck bringen würde.

Die Tagesordnung für Genf.

15 Außenminister haben bereits zugestimmt.
Paris, 27. August.
Die Tagesordnung für die kommende Tagung des Völkerbundesrates steht jetzt fest. Der Völkerbundsrat wird seine erste Sitzung am 8. September morgens abhalten.
Am Nachmittag wird die Europa-Konferenz erstmalig zusammenzutreten, um den Bericht Briands über den Paneuropäen entgegenzunehmen und darüber zu beraten.
Am 9. September findet vormittags die zweite Sitzung des Rates und nachmittags die zweite Sitzung der Europa-Konferenz statt, wenn die zu behandelnden Fragen in der ersten Sitzung nicht erledigt werden konnten. Am 10. September wird dann die Völkerbundssitzung eröffnet. Bisher haben sich 15 Staaten mit der Tagesordnung einverstanden erklärt und die französische Regierung wissen lassen, daß sie ihre Außenminister nach Genf entsenden werden.

Frankreichs Recht auf das Saargebiet?

Paris, 26. August.
Die „Volonté“ tritt den Behauptungen der französischen Rechtspresse über das sogenannte „Recht Frankreichs auf das Saargebiet“ entgegen. Dieses Recht, so betont das Blatt, beschränkt sich auf die Möglichkeit, die Staatsgruben vor 1935 so günstig wie möglich an Deutschland zu verkaufen. An keiner anderen Stelle sei der Versailles Vertrag so klar, wie gerade bei der Behandlung der Saarfrage. Der Völkerbund habe wohl das Recht, über die Zugehörigkeit des Saargebietes zu bestimmen, aber nur unter ausschließlicher Berücksichtigung des Volkswillens der Saarländer.
Frankreich könne unternehmen, was es wolle, es werde deshalb nicht verhindern, daß sich die Saarbevölkerung in ihrer erdrückenden Mehrheit für das Mutterland Deutschlands aussprechen werde. Zu behaupten, daß die Saarbevölkerung dem Rechte feindlich gegenüberstehe, heiße, sich auf unangenehme Entschärfungen vorzubereiten.

Da die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen werde, bleibe Frankreich nach dem Wortlaut des Versailles Vertrages nichts weiter übrig, als die ihm zugehörigen Gebiete an Deutschland zu verkaufen. Frankreich habe hierbei aber nicht einmal das Recht, den Preis zu verlangen, der ihm passe, denn Artikel 36 des Vertrages belage ausdrücklich, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich über den Preis der französischen Kohlengruben der Völkerbund ein Schiedsgericht mit der Festlegung des Preises beauftragt könne. Die einzige Möglichkeit, die Frankreich noch habe, ungebunden über die Zurückgabe der Kohlengruben zu verhandeln, bestehe darin, diese Verhandlungen nach vor dem Ablauf der Mandatszeit, d. h. vor 1935 durchzuführen.

Flottendemonstration gegen Rußland.

... und eine Spitze gegen Frankreich.
Zursee, 26. August.
In diesen Tagen liegen ein Kreuzer und zwei Torpedobootscharrierer der englischen Flottenflotte im rumänischen Hafen Constanza vor Anker. In diesen englischen Flottenbooten, der nicht einmal auf Einladung der bulgarischen Regierung erfolglos soll, knüpfen sich allerlei Kommentare, die die Aufmerksamkeit beschäftigen, daß dieser Flottenbesuch von eminent internationaler Bedeutung ist. Nicht nur ein englischer Admiral, einem holländischen Frachmann für Wasserbauten und dem Direktor für die rumänischen Häfen, einen großen Flottenstützpunkt mit allen Einzelheiten, mit Bauplänen vorbereitet, der auch den Bau eines wichtigen Kanals mit einschließt. Das Objekt soll durch eine englische und holländische Finanzgruppe finanziert werden.
Das kann nichts anderes heißen, als daß England in seinem Kampf gegen Rußland sich im Schwarzen Meer einen Stützpunkt schaffen will, welchem die Russen erhebliche Teile ihrer Mittelmeerflotte ins Schwarze Meer gelegt haben. Nach Frankreich hat sich für dieses Projekt interessiert. Wenn jetzt die Engländer in der Nähe dieses Kriegsspielens unangenehm vor Anker gehen, so entbehrt dies auch nicht einer Spitze gegen Frankreich. Die politische Definitivität wird sich wohl Interesse diesen Vorgängen in Konstantz zuzuwenden.

Hemmungen gegen Zollmaßnahmen.

Das Abkommen über den Zolltariff in Holland.
Bern, 27. August.
Der Bundesrat hat bei den eidgenössischen Räten um die Genehmigung des am 24. März 1930 in Genf abgeschlossenen Abkommens über den Zolltariff in Holland nachgehakt. Dieses Abkommen ist für die Dauer eines Jahres abgeschlossen worden und wird automatisch von Jahr zu Jahr erneuert, wenn es nicht anders bestimmt ist. Am 1. April 1931 zu Ende. Erst in einer Konferenz, die Anfang November dieses Jahres stattfinden wird, kann darüber Klarheit geschaffen werden, ob die Vereinbarung wirklich in Kraft gesetzt werden kann, d. h. ob genügend Staaten ihr Beitreten werden. Für die spätere Haltung der Schweiz wird maßgebend sein, daß mindestens auch alle vier Nachbarstaaten dem Abkommen beitreten.

Die deutschen Ozeanflieger in New-York

New-York, 27. August.
Der deutsche Ozeanflieger von Gronau ist mit seinen Begleitern gestern 3.45 Uhr nachmittags (Ortszeit) im New-Yorker Hafen gelandet.

Washington, 27. August.
Der deutsche Ozeanflieger Dr. K. i. p. fandte dem deutschen Flieger von Gronau und seinen Begleitern durch die New-Yorker Bevölkerung der Dornierwerke ein herzliches Begrüßungstelegramm und beglückwünschte die Lustigen bei ihrer hervorragenden Leistung. — Die deutschen Flieger sind zu der gegenwärtig in Chicago veranstalteten Internationalen Flugwoche von dem Komitee offiziell und dringlich eingeladen worden, da sich dort zur Zeit alle führenden Männer des amerikanischen Flugwesens befinden, die ihnen einen großen kameradschaftlichen Willkommensempfang bereiten wollen.

New-York, 27. August.
New-York rüft zum Empfang der deutschen Ozeanflieger. Flugzeuge fliegen zunächst den deutschen Piloten entgegen, die nach ihrer Landung von städtischen Empfangskomitee mitgenommen gehen und nach dem Rathaus begleitet werden, wo die offizielle Begrüßung durch Oberbürgermeister Walker erfolgt.



Das Ozeanflugboot und seine Besatzung.

Mit dem Eintreffen der deutschen Ozeanflieger in New-York wird der Atlantikflug des Dornier-Wal D 1422 der Deutschen Verkehrsflieger-Schule G. m. b. H., Braunschweig, seinen Abschluss finden. Das Flugboot war seit Anfang 1928 bei der Deutschen Verkehrsflieger-Schule eingesetzt. Es ist mit den üblichen Flug- und Navigationsinstrumenten, mit einer Telefunken-Station (Sprechapparat) und einer Telefunken-Beleuchtungsanlage ausgerüstet. Das Triebwerk des Bootes besteht aus zwei BMW VI-Motoren normaler Serienfertigung. Gegenüber der sonst völlig normalen Ausstattung besitzt das Boot lediglich einen Quittant, der über die Ueberwindung größerer Ueberlastungen ohne Zwischenlandung ermöglicht. Das gleiche Boot hat mit gleicher Ausrüstung in den letzten Jahren dem normalen Ausbildungsbetrieb in der Nordsee gedient.

Der Führer des erfolgreichen Flugbootes, Wolfgang von Gronau, ist geborener Berliner, er lebt im 38. Lebensjahre. Während des Krieges ist er zunächst an Bord verschiedener Kriegsschiffe, später als Seeflieger tätig gewesen. Nach Kriegsende bewirtschaftete er einige Jahre sein elterliches

Schweinezwiebelzählung.

Am Montag, den 1. September d. J., findet eine Schweinezwiebelzählung statt.

Durch diese Zählung soll ein Aufschluß über den wirklichen Stand und den Entwicklungsgrad der Schweinehaltung in allen Teilen des Landes gewonnen werden. Daraus sind sowohl die Reichs- und Staatsverwaltung wie breite Kreise der Öffentlichkeit interessiert. Die Zuverlässigkeit und praktische Bedeutung des Ergebnisses der Zählung hängen davon ab, in welchem Maße durch die Zählung der wirkliche Schweinebestand erfasst wird. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zählung lediglich statistischen Zwecken dient und für steuerliche Zwecke nicht verwendet wird.

Der vorläufige eine falsche Angabe macht, kann auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 30. 1. 1917 bestraft werden.

Nebr., den 25. August 1930.

Der Magistrat. Grünberg.

Grummetverpachtung

Die diesjährige Grummetnutzung der Stadtgemeinde Nebra soll am **Mittwoch, den 3. September 1930, nachm. 3 Uhr** an Ort und Stelle unter den im Termin bekannt zu gebenden Bedingungen meistbietend verkauft werden.

Treffpunkt: Reinsdorfer Fäbr.

Nebr., den 21. August 1930.

Der Magistrat. Grünberg.

Bekanntmachung.

Eine Handblase mit Schiffslein ist als gefunden abgegeben worden.

Nebr., den 27. August 1930.

Die Polizeiverwaltung.

Kantholz-Listen

Hobelplatten • Stabretter
Säbretter • Dadlatten
Tischlerbretter

Zaunsäulen u. -Latten
Thüringer Holzwerke, Roßleben

Gottschalk & Sauer

Fernruf 263 Fernruf 263

But. 1925 wandte er sich wieder der Fliegerei zu. Ein Jahr später ging er aus dem Seeflug-Wellenwerk als Sieger hervor. Seit dem 1. Dezember 1926 ist von Gronau Geschäftsführer bei der Deutschen Verkehrsflieger-Schule.

Der zweite Flugzeugführer Eduard Zimmer, 1904 in Neustadt a. d. Haardt geboren, gehört der Verkehrsflieger-Schule seit dem Jahre 1928 als Flugschüler an und befindet sich zur Zeit im letzten Abschnitt seiner Ausbildung.

Fünftelster Fritz Wöhrst, 1898 in Wöhrsburg geboren, gehört der Verkehrsflieger-Schule seit November 1928 an; ihm liegt die Funksaumbildung und Leitung des Funkdienstes der fortgeschrittenen Seeflugschüler ob.

Bordmonteur Spat ist Württemberger, und ist gleichfalls 1904 geboren. Seit Mai 1927 ist er bei der Deutschen Verkehrsflieger-Schule Seeflugdiener.

Ergänzend sei noch mitgeteilt, daß das von Gronau benutzte Flugboot im Jahre 1925 unter der Bezeichnung N. 25 A umgebaut zu seinen Vorkriegsflügen gedient hat.

Im Schacht verschüttet.

Neun Tote in Ost-Oberfelden?

Katowitz, 26. August.

Ein schweres Grubenunglück ereignete sich am 20. Oktober-Schicht bei Anthonenklippe in der Nähe von Katowitz, als plötzlich mehrere Arbeiter einstürzten. 14 Bergleute, die gerade dort beschäftigt waren, wurden durch die Gesteinsmassen abgedrückt. Es wurden sofort Rettungskolonnen eingeleitet, die 5 Mann lebend zu Tage brachten.

Von den anderen Verschütteten konnten inzwischen 3 als Leichen geborgen werden. Die 6 übrigen gelten als verloren, da auf ihnen gewaltige Gesteinsmassen lagern. Die Rettungsarbeiten werden indessen mit äußerster Anstrengung fortgesetzt.

Trauerfeier für Andree.

Eine halbe Million Kronen für Andrees Legebuch.

Stockholm, 27. August.

Obwohl noch nicht bekannt ist, ob das Legebuch Andrees so gut aufgetaucht und erhalten werden kann, daß man die Schrift zu entziffern vermag, und obwohl man noch nicht weiß, ob die Aufzeichnungen bis zum Untergang der Expedition fortgesetzt worden sind, ist bereits von einem ausländischen Pressefotografen eine halbe Million Kronen für die Veröffentlichung des Legebuches geboten worden.

Alle Nachrichten sind nach wie vor das schwedische Nachrichtenblatt "Detar" die herkömmliche Uebersetzung der "Svefögar" nach Schweden einholen; es ist jedoch auch der Vorschlag gemacht worden, daß der alte Kreuzer "Svenskud" zu diesem Zweck nach Tromsö abgeht, da in der Zeit der Andree-Expedition auf diesem Kriegsschiff nach der Insel befördert wurde, von wo die Nachrichten ausgingen. Da Andree selbst den Wunsch ausgesprochen hatte, in seinem Heimatort begraben zu werden, wird er in dem mittelschwedischen Städtchen Gräma beigesetzt werden.

Das Schiff, das die Leichen von Andree und seinen Gefährten an Bord hat, wird von einer großen Zahl von Schiffen nach Tromsö eingeholt werden. Nachdem die Leichen an Land gebracht sind, wird ein feierlicher Gottesdienst in der Kirche von Tromsö stattfinden. In Tromsö wird starker Fremdenbesuch erwartet, da von allen Zeitungen der

Welt Sonderberichte über den Unfall kommen. Alle Hotels sollen bereits belegt sein. Wie man annimmt, wird, sollen die Leichen von Andree und seinen Gefährten in Sals gelegt werden, damit sie gut erhalten bleiben.

„Feindlicher Fliegerüberfall“.

Die erste Gasfliegerübung in Deutschland.

Kaiserslautern, 26. August.

Am Morgen des achten Bayerischen Sanitätskolonnenlagers wurde eine große Gasfliegerübung durchgeführt, die von Dr. Büchler-Hamburg und Gauer-Berlin geleitet und von der Feuerwehr und der Sanitätskolonne Kaiserslautern durchgeführt wurde. Unter Verwendung aller Arten von Gasmasken und Wiederbelebungsgeräten wurden mit Hilfe farbiger Nebel die Wirkung der Industriegase und der gefährlichen Gase der Kampfsgruppe veranschaulicht.

Die Übung sollte einen feindlichen Fliegerüberfall darstellen, wobei diese mit Gasbomben belegt wird. Zur Anwendung kamen Kohlenoxydgase, Phosgen sowie die verschiedenen Gruppenarten: Blausäure, Gelbrotz und Grünrotz. Die Direktor Raquet-Kaiserslautern erläuterte ausführlich, diente diese in Deutschland zum erstenmal gezielte Übung dazu, dem Schatz gegen alle Angriffe zu schützen.

Hamburg verbietet Demonstrationen.

Hamburg, 27. August. Die Hamburger Polizeibehörde hat an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei folgendes Schreiben gerichtet: „Alle als bisherige Demonstrationen der NSDAP haben zu Störungen der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung geführt. Um weiteren Gefährdungen der öffentlichen Ordnung vorzubeugen, werden bis auf weiteres alle Demonstrationen, sowie Anschläge der NSDAP, z. B. auf Luftfahrzeuge in einschiffliger Kleidung und mit einschiffligen Waffen hiermit verboten. Alle geschlossenen An- und Abmärsche zu und von Versammlungen werden hiermit ebenfalls verboten.“

Danzig und die Arbeitsorganisationen.

Gaag, 27. August. Der Internationale Schiedsgerichtshof hat in der Frage des Beitritts Danzigs zu Internationalen Arbeitsorganisationen mit 6 gegen 4 Stimmen entschieden, daß das Statut der Freien Stadt dieses nicht gestattet.

Die Grenzverletzungen durch Flugzeuge.

Berlin, 27. August. Zur Ueberfliegung Sachs durch fremde Flugzeuge wird mitgeteilt, daß bis jetzt nur ein Anzeigebeweis dafür vorliegt, daß es sich bei der Ueberfliegung um die rumänischen Flugzeuge handelt, die auch bereits an der deutschen Grenze in der Gegend von Dels gesichtet worden waren. Immerhin liegt ein eindeutiger Beweis aus jetzt noch nicht vor, daß es sich um französische Flugzeuge handelt. — In der Angelegenheit der Ueberfliegung Jütlands durch ein polnisches Flugzeug wird mitgeteilt, daß der Prozeß des deutschen Gesandtschafts wegen sehr eindeutiger Form zu der Angelegenheit Stellung nimmt.

In der heutigen gelauteten Auflage befindet sich eine Sonderbeilage mit der Ueberschrift: „Ankündigung über die Winder der Milchstoff-Platzung.“ — Diese Sonderbeilage stammt von der Ga. Volks Christlichen & Sohn, G. m. b. H. in Hensburg (Schleswig-Holstein). — Wie machen hier durch unsere geehrten Leser auf diese Beilage besonders aufmerksam.

Unser billiges Wochen-Angebot

Haarausfall besetzt sofort und endgültig **Papillantin** ein ernsthaftes wissenschaftlich ausprobt. Mittel **Volkur M. 5.50** Zu haben in der Drogerie **Walter Gutsmuths, Nebra**

- 1a neue Fettzeringe** 10 Stück nur 65 ¢
- 1a Fettzeringe** 10 Stück nur 45 ¢
- Limburger-Käse** 1-3 Pf. -Anteil nur 50 ¢
- Stierkäse, Schmalz** 1 Pf. nur 70 ¢
- Täglich frische **Neue Fettbäcklinge** 1 Pf. nur 38 ¢
- Täglich frische **Molkerei-Butter** Stück 90 und 95 ¢
- Feinestes **Blüten-Mehl** 5-Pf.-Bentel nur 1,20 ¢
- Margarine** zum Backen und Braten 1-3 Pf. -Packung nur 50 ¢

THAMS & GARFS Niederlage **NEBRA**

Der Jungdeutsche

Tageszeitung für Volkskraft und Einheitsfrieden.

Der „Jungdeutsche“ ist ein Bestimmungsbuch, das gegen den nachkommunistischen Pessimismus und für den organischen Volkseinsatz und die Neu-gelebung des Deutschen Reiches kämpft. Der Grenzlandkampf des deutschen Volkes und der Kampf gegen das Verfallende Ostland und seine Folgen werden im „Jungdeutschen“ mit besonderer Schärfe geführt. Der „Jungdeutsche“ verfügt über einen großen eigenen Nachrichtenendienst, der über alle Vorgänge in der deutschen Innenpolitik unterrichtet und der insbesondere die Vorgänge in der nationalen Bewegung und die Politik der großen Mächte verfolgt. Der „Jungdeutsche“ verfügt als die einzige Tageszeitung der deutschen Bewegung über eine hundertprozentige Belegschaft sowie über eine außerordentlich große Verbreitung in über 5000 Postorten. Er ist deshalb ein besonders wirksames Informationsorgan. Bezugspreis: monatlich 2,70 M., ausfallig 1,10 M. Postbeleg.

Verlag: Gesellschaft Deutsche Presse, Berlin SW. 48, Friedbrichstraße 218.

Lesen Sie die neue interessante Zeitschrift

WAHRE DETEKTIV

Geschichten

Alle 14 Tage ein Heft zum Preise von **25 Pfg.**

Die „Wahren Detektiv Geschichten“ bringen nur wahre, mit Originalphotos illustrierte Schilderungen spannender Detektivabenteuer

Zu beziehen durch: **Budwidlg. W. Scharf**

Delhagen & Klafing

Monatshefte

Deutschlands schönste illustrierte Monatschrift

Monatlich ein Heft zum Preise von 2.40 RM.

Der geistig bewegliche Deutsche liest diese Zeitschrift; sie bringt ihn in enge und fruchtbare Beziehungen zu allen brennenden Fragen der Zeit in Literatur, Wissenschaft, Kunst u. Leben. Meisterwerke moderner Erzähler sind die zur Veröffentlichung kommenden Romane u. Novellen. Schönster Schmuck der Hefte: Aesthetische Bilder geben nach Werken der Kunst in Farbendruck. Keine Zeitschrift des In- und Auslandes bringt sie in ähnlicher Vollendung u. Mannigfaltigkeit.

Das Haus in dem Delhagen & Klafing Monatshefte gelesen werden, ist eine Straße der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Delhagen & Klafing, Leipzig C 1 übersendet auf Wunsch gegen Einsendung von 30 Pfg. in Marken für Porto - Kostenlos ein vollständiges Heft (je nach 2,40) als Probeheft

Nebroner Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: BfH. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklametext 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 102

Donnerstag, den 28. August 1930

43. Jahrgang

DiETRICHs Sparprogramm.

Starke Einschränkungen auch 1931.

Berlin, 27. August.

Das Reichsabinett, das sich in seinen letzten Sitzungen mit den Richtlinien einer Finanzreform, einer Neuordnung des Finanzhaushalts und der Aufstellung des Etats für 1931 befaßt hat, hofft die Besprechungen noch am Dienstag abschließen zu können.

Der Haushaltsplan für 1931 soll auf Grund der Erfahrungen, die man bisher mit den Steuererhöhungen und der finanziellen Vertiefung der Notverordnungen gemacht hat, mit äußerster Vorsicht aufgestellt werden.

Reichsfinanzminister Dietrich hat bereits in Aussicht gestellt, daß die Ausgaben im kommenden Jahre noch mehr gekürzt werden sollen.

Die Einnahmen sollen so eingeteilt werden, daß selbst bei einer Fortdauer der schlimmen wirtschaftlichen Konjunktur mit dem Eingang der veranschlagten Summe gerechnet werden darf. Es handelt sich zunächst nur um die Festlegung der Grundzüge, nach denen bei der Aufstellung des nächstjährigen Etats verfahren werden soll. Die Ausarbeitung des Haushaltsplanes soll danach im Reichsfinanzministerium erfolgen.

Auswirkung des Beschaffungsprogramms

Mehrarbeit in den Eisenbahnverwaltungen.

Berlin, 27. August.

Die von der Reichsregierung durch ihr Beschaffungsprogramm erwartete Steigerung der Wirtschaft wird sich für die Reichsbahn in einer Steigerung des Verkehrs und damit in einer besseren Ausnutzung ihres technischen Apparates auswirken. Für die Verwaltungen wird infolgedessen ein erhöhter Arbeitsanfall eintreten. Dazu kommt, daß aus Mitteln des Arbeitsbeschaffungsprogramms Verbesserungsarbeiten (Einbau verklärter Bufer usw.) an den Fahrzeugen vorgenommen werden sollen, die den Beschäftigungsgrad der Verwaltungen erhöhen.

Entlassungen von Arbeitern, wie sie auf Grund des bisherigen Verkehrsabfalls unvermeidlich erscheinen, sollen nun gemäß einer zwischen dem Reichsverkehrsminister und dem Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn getroffenen Vereinbarung bis auf weiteres unterbleiben. Diese Maßnahme ist dadurch erforderlich worden, daß im Einkommen mit den Gewerkschaften die Arbeitszeit in den Werkstätten von 51 auf 48 Stunden wöchentlich vermindert und notwendig, eine bis höchstens zwei Festeinheiten im Monat eingeteilt worden sind.

Kosten der Rheinlandbesetzung.

Deutschland zahlte 6,312 Milliarden.

Berlin, 26. August.

Insgesamt wurden vom Deutschen Reich an unsere Kriegsgegner 6 312 174 000 RM. an Besatzungskosten zwangswise gezahlt, und zwar vom 11. November bis 30. April 1921 (30 Monate) 3763 Millionen vom 1. Mai 1921 bis 31. August 1924 (40 Monate) 1705 Millionen im ersten Daresjahr, d. h. vom 1. September 1924—1925 214 Millionen, im 2. Daresjahr 1925—1926 170 Millionen, im 3. Daresjahr 1926—1927 154 Millionen, im 4. Daresjahr 1927—1928 139 Millionen, im 5. Daresjahr 1928—1929 137 Millionen und nach Annahme des Youngplanes noch 30 Millionen RM.

Daraus kann man mit Recht annehmen, daß noch mehrere fünf Jahre der Besetzung mindestens 500 Millionen allein Besatzungskosten verursacht hätten, neben den übrigen Schäden, die die deutsche Wirtschaft erlitt und die zahlenmäßig nicht erfasst werden können. Wir erinnern nur an den Rückgang der Befehlszahl, vor allem in den rheinischen Bodeorten. Wie sehr sich die Besetzung wirtschaftlich auswirkte, wird auch dadurch ersichtlich, daß sich noch 1928 die Zahl der Arbeitlosen in der Pfalz auf über 10 000 Einwohner beziffert, im Rheinland auf über 12, während sie im übrigen Deutschen Reich nur 9 betrug.

Panuropa und Vertragsrevision.

Genf, 26. August.

Nach französischen Meldungen wird Briand in der ersten Konferenz der europäischen Mächte, die zu Beginn der Völkerbundversammlung stattfinden soll, eingehend Bericht über die ihm zugegangenen Antworten der 26 europäischen Regierungen erlassen und Vorschläge für den weiteren Gang der Verhandlungen machen. Man nimmt auf französischer Seite an, daß es in diesem Jahr nur zu einem allgemeinen Gebotenaustausch kommen wird.

Es befehle die Ablicht, einen Zusatz einzufügen, der der nächsten Vollerversammlung des Völkerbundes einen Bericht über die Grundlagen des europäischen Staatenbundes vorlegen solle. Durch diese Methode will man offenbar verhindern, daß die englische Regierung die paneuropäische Frage zum Gegenstand einer gesonderten Ausprache in der bevorstehenden Völkerbundversammlung macht. Sie dürfte aber doch schon jetzt zur Sprache gelangen.

Die französische Politik, die Behandlung der Frage hinsichtlich des Völkerbundes, dürfte in erster Linie auf die den Wünschen Frankreichs zumbedeutendsten Vorschläge und Kritiken zurückzuführen sein. Die in letzter Zeit stark in Fluß gekommene Aussprache über die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge als erste Voraussetzung eines europäischen Staatenbundes will Frankreich von vornherein verhindern.

Stimmen gegen Versailles.

Berlin, 27. August.

Der bekannte amerikanische Zeitungsverleger William Randolph Hearst, der augenblicklich in Bad Nauheim zur Kur weil, veröffentlicht in einem süddeutschen Blatt einen Artikel, in dem er seine Wünsche über die politischen Verhältnisse in Europa darlegt. U. a. erklärt er darin folgendes:

Am es Amerika begierlich zu machen, was es heißt, daß Deutschland im Westen einen Teil seines Gebietes an Belgien und einen anderen an Frankreich und im Osten einen Teil an Litauen abgetreten habe sowie daß ein Stück Land aus Deutschland herausgeschnitten und an Polen gegeben worden sei, müsse man den amerikanischen Volk erklären, daß dieser Zustand ungeheuer dasche wäre, als ob Amerika Arizona und Kalifornien an Mexiko, den Staat Washington an British-Kolumbien und Florida an Spanien zurückgegeben hätte, und ein Stück Land von den großen Seen durch den Staat New York nach dem Meer herausgeschnitten und dieser Ausschnitt, der New-England von den übrigen Vereinigten Staaten trennen würde, an Kanada gegeben worden sei.

Wenn der Krieg anders ausgegangen wäre und eine solche Aufteilung Amerikas dem Krieg gefolgt wäre, könnte das amerikanische Volk für verheerend, das nicht sehr glücklich darüber und nicht gewillt wäre, solche Gewaltthatigkeit lange zu ertragen, und daß Amerika eines Tages Mittel gefunden hätte, diese Ungerechtigkeit entweder durch friedliche Maßnahmen oder durch Krieg zu beseitigen. So könnte das amerikanische Volk es verstehen, wie unendlich unangenehm und wie unrichtig die angebliche Einrichtung Europas sei. Es würde verstehen, was es für eine ausichtslose Sache sei, was die siegreichen Nationen in Versailles vortragen hätten und welcher Verrat es an seiner eigenen Politik gemein sei, dem Präsident Wilson zugestimmt habe.

Korridorfrage muß geregelt werden.

Franszösische Stimmen.

Paris, 27. August.

Obgleich sich die französische Presse weiter gegen die Erklärungen wendet, die in den letzten Tagen von deutschen Ministern bezüglich der deutschen Korridorfrage abgegeben worden sind, kommt in ihren Äußerungen, soweit sie die Korridorfrage betreffen, doch die Auffassung zum Vorschein, daß die deutschen Forderungen nicht so ungerechtfertigt erscheinen, wie man dies dem französischen Volk und der ganzen Welt gern glauben machen möchte.

Das „Solent“ betont, daß weder der Reichstag noch der Außenminister es für nötig gehalten hätten, gegen die Ausführungen von Trepoigny Stellung zu nehmen, der zusammen mit Vöhrig und Scholz den Geist von Locarno verlegte habe. Das Blatt stellt in diesem Zusammenhang die frühere Behauptung auf, daß Deutschland die Entmilitarisierung der Rheinlande in Locarno freiwillig zugestanden habe.

Die „Solent“ wendet sich zwar gegen jede grundsätzliche Änderung der Grenzen, die außerdem nur nicht in der Richtung Deutschlands liege, erkennt aber an, daß es eine Frage der Kriegsschuldfrage gibt, von der man nur nicht sprechen dürfe, ohne Vermittlung zu schaffen, weil sie im Versailles-Vertrag niedergelegt worden sei.

Merkwürdige Friedenspolitik.

Kaufmann, 27. August.

In der Sitzung des Kattowitzer Stadtparlamentes kam es zu einer politischen Demonstration, die von Koranyi hervorgerufen wurde. Unter Umgehung der Geschäftsordnung wurde zum Schluß der Sitzung von Koranyi eine Entschließung eingebracht, in der mit Bedauern festgestellt wird, daß in Deutschland mangelnde Verantwortlichkeit auf verantwortlichen Parteien eine Versäumnispolitik treibe, die die Grundlagen des Rechtes erschüttere. Die deutsche Propaganda für die Lösung polnischer Gebiete sei eine Sünde an dem Frieden Europas und der Welt. Nach Verlesung dieser Entschließung erklärte der Vertreter der deutschen Fraktion, daß die Behandlung derartiger Fragen nicht zu den Aufgaben der Stadtverordnetenversammlung gehöre und daß die deutsche Fraktion, falls die Entschließung zur Abstimmung gelangen sollte, sich gezwungen sehen würde, den Saal zu verlassen.

Nachdem die polnischen Parteien trotzdem auf Abstimmung bestanden, verließen die Deutschen den Saal und folgten dadurch die Beschlußfähigkeit des Hauses herbei. Die polnischen Parteien nahmen dann die Entschließung mit Stimmenmehrheit an.

Die heutige polnische Presse bezieht sich das Verhalten der deutschen Stadtverordneten als verabschiedet, umso mehr, als Koranyi eigentlich im Interesse des Friedens gesprochen hätte. Der Schrift Koranyi ist wohl darauf zurückzuführen, daß er, nachdem ihm schon wiederholt Mangel an Patriotismus vorgehalten wurde, dadurch ein ausgeprägtes nationales Bewußtsein zum Ausdruck bringen wollte.

Die Tagesordnung für Genf.

15 Außenminister haben bereits zugestimmt.

Paris, 27. August.

Die Tagesordnung für die kommende Tagung des Völkerbundes steht jetzt fest. Der Völkerbundrat wird seine erste Sitzung am 8. September morgens abhalten. Am Nachmittag wird die Europa-Konferenz erstmalig zusammenzutreten, um den Bericht Briands über den Paneuropäischen entgegenzunehmen und darüber zu beraten.

Am 9. September findet vormittags die zweite Sitzung des Rates und nachmittags die zweite Sitzung der Europa-Konferenz statt, wenn die zu behandelnden Fragen in der ersten Sitzung nicht erledigt werden konnten. Am 10. September wird dann die Völkerbundversammlung eröffnet. Bisher haben sich 15 Staaten mit der Tagesordnung einverstanden erklärt und die französische Regierung wissen lassen, daß sie ihre Außenminister nach Genf entsenden werden.

Frankreichs Recht auf das Saargebiet?

Paris, 26. August.

Die „Solent“ tritt den Behauptungen der französischen Presse über das sogenannte „Recht Frankreichs auf das Saargebiet“ entgegen. Dieses Recht, so lautet das Blatt, beschränkt sich auf die Möglichkeit, die Staatsgruben vor 1935 so günstig wie möglich an Deutschland zu verkaufen. An ihrer anderen Stelle sei der Versailles-Vertrag so klar, wie gerade bei der Behandlung der Saarfrage. Der Völkerbund habe wohl das Recht, über die Zugehörigkeit des Saargebietes zu bestimmen, aber nur unter ausschließlicher Berücksichtigung des Volkswillens der Saarländer.

Frankreich könne unternehmen, was es wolle, es werde deshalb nicht verhindern, daß sich die Saarbevölkerung in ihrer erdrückenden Mehrheit für das Mutterland Deutschlands aussprechen werde. Zu behaupten, daß die Saarbevölkerung dem Reich feindlich gegenüberstehe, hieße, sich auf unangenehme Entschärfungen vorzubereiten.

Da die Abstimmung zugunsten Deutschlands ausfallen werde, werde Frankreich nach dem Wortlaut des Versailles-Vertrages nichts weiter übrig, als die ihm zugehörigen Gruben an Deutschland zu verkaufen. Frankreich habe hierüber aber nicht einmal das Recht, den Preis zu verlangen, der ihm passe, denn Artikel 36 des Vertrages belage ausdrücklich, daß im Falle einer Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschland und Frankreich über den Preis der französischen Kohlengruben der Völkerbund ein Schiedsgericht mit der Festlegung des Preises betraugen könne. Die einzige Möglichkeit, die Frankreich noch habe, ungebunden über die Zurückgabe der Kohlengruben zu verhandeln, bestehe darin, die Verhandlungen noch vor dem Ablauf der Mandatszeit, d. h. vor 1935 durchzuführen.

Flottilledemonstration gegen Rußland.

Genf, 26. August.

Die russische Flotte wird im Mittelmeer eine Demonstration abgeben, die rumänische, griechische und jugoslawische Flotten in der Bucht von Saloniki auflockern soll. Die russische Flotte wird im Mittelmeer eine Demonstration abgeben, die rumänische, griechische und jugoslawische Flotten in der Bucht von Saloniki auflockern soll. Die russische Flotte wird im Mittelmeer eine Demonstration abgeben, die rumänische, griechische und jugoslawische Flotten in der Bucht von Saloniki auflockern soll.

Genf und die Völkerbundversammlung.

Genf, 27. August.

Die Völkerbundversammlung wird am 8. September in Genf abgehalten werden. Die Völkerbundversammlung wird am 8. September in Genf abgehalten werden. Die Völkerbundversammlung wird am 8. September in Genf abgehalten werden.